

Eingang:

11.03.2020

**Antrag
der CDU-Fraktion**

**Frankfurt zeigt Stärke
gegen Rassismus!**

Auch einige Wochen nach den rassistisch motivierten Morden in unserer Nachbarstadt Hanau ist das Entsetzen immer noch greifbar. Eine Frau und acht Männer – fast alle waren Muslime – wurden von einem rechtsextremen Täter aus Fremdenhass gezielt erschossen. Die schreckliche Nacht von Hanau, die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU), die neuen Drohschreiben des „NSU 2.0“ und der bewaffnete Angriff auf die Synagoge von Halle markieren eine neue Qualität rechter Gewalt in Deutschland. In Hessen liegt laut polizeilicher Kriminalstatistik für 2019 die Zahl allein der antisemitischen Straftaten mit 78 registrierten Fällen um 56 Prozent höher als im Vorjahr – insgesamt eine besorgniserregende Entwicklung.

Es ist richtig, dass es in der Bundesrepublik Deutschland auch Linksextremismus gibt und zudem eine hohe Gefährdungslage beim islamistischen Terror. Aber die größte Gefahr geht derzeit mit vom Rechtsextremismus aus. Rechtsextremistische Straftaten ziehen eine lange Spur gewalttätiger Übergriffe durch unser Land und gefährden unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Sie sind ein Anschlag auf unser Grundgesetz, das allen Menschen die gleiche Würde zuspricht – unabhängig von Herkunft, Nationalität, Religion und Hautfarbe. Alle Demokratinnen und Demokraten sind aufgerufen, sich diesem Hass entgegenzustellen. Auch gebietet es das christliche Menschenbild, rassistischen und herabwürdigenden Tendenzen entgegenzutreten.

Rein verbale Distanzierungen sind dabei nicht mehr ausreichend. Die schweigende Mehrheit, die für eine freiheitliche Gesellschaft eintritt, muss aktiv werden und unser Rechtsstaat noch konsequenter als bisher gegen Rechtsradikale vorgehen. Nötig sind aber auch wirksamere zivilgesellschaftliche Maßnahmen, Bildungsprogramme in Schulen und Aufklärungsarbeit bis hinein in die Einwanderungsgesellschaft selbst. Auch Zugewanderte sind in ihren „Communities“ mit unterschiedlichen radikalen, zum Beispiel demokratiefeindlichen, homophoben, frauenfeindlichen oder antisemitischen Strömungen und Gruppierungen konfrontiert.

Die Stadt Frankfurt am Main mit ihrer großen demokratischen Tradition muss bei der Abwehr von Rassismus und Antisemitismus entschlossen handeln, damit die Saat der rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien wie auch die eines neuen Kulturchauvinismus hier und anderswo in Deutschland nicht aufgeht.

Daher beschließt die Stadtverordnetenversammlung:

1. Die Stadt Frankfurt am Main bekennt sich zum aktiven Miteinander der unterschiedlichen Kulturen und Religionen in der Stadt und tritt jedweden Versuchen zur Spaltung der Gesellschaft und zur Verbreitung von Hass, Rassismus und Antisemitismus entschlossen entgegen.
2. Frankfurter Schulen werden darin bestärkt, sich mit eigenen Programmen und Initiativen gegen Diskriminierung und Rassismus einzusetzen und, sofern sie noch nicht – wie bereits 2.700 Schulen bundesweit – Teil des Projektes „Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage“ der Bildungsstätte Anne Frank sind, sich hierfür zu engagieren.
3. Der Magistrat entwickelt über die Antiradikalisierungsstelle im Amt für multikulturelle Angelegenheiten eine Handreichung für Lehrkräfte, die mit Blick auf das Gestern und Heute zum Thema „Rassismus/Antisemitismus“ Zeitzeugengespräche als Methode empfiehlt. Dabei sind nicht nur die noch lebenden Menschen, die die NS-Herrschaft hautnah erlebt haben, einzubeziehen, sondern auch die Opfer und Augenzeugen heutiger rechtsradikaler Gewalt in Deutschland.
4. Der Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main entwickelt die Kampagne „Respekt“ weiter, indem Videoclips mit Zeugen von Gewalttaten und Übergriffen unter dem Thema „Die Opfer haben das Wort!“ erstellt und dem Schulunterricht sowie Jugendeinrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Durch persönliche Erlebnisschilderungen soll zum Ausdruck kommen, dass gegenseitiger Respekt im Alltag die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft ist.
5. Zum Schutz vor Beleidigungen, übler Nachrede und Hasskriminalität führt der Präventionsrat für Menschen im öffentlichen Leben, die sich für die Werte unseres Grundgesetzes einsetzen, spezielle Beratungsangebote ein, damit diesen Vorkommnissen konsequent entgegengewirkt werden kann.
6. Um stadtteilbezogene Aktivitäten gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus zu initiieren und zu fördern, werden jährlich besondere Initiativen ausgezeichnet, die sich um das friedliche Miteinander von Kulturen und Religionen in den Stadtteilen verdient machen. Dies kann etwa durch einen Preis des Ortsbeirates geschehen. Außerdem soll bei dem Integrationspreis der Stadt Frankfurt am Main in Zukunft einer der drei Hauptpreise an Aktivitäten oder Institutionen vergeben werden, die sich besonders gegen Diskriminierung, Rassismus oder Antisemitismus einsetzen.
7. Zur stärkeren Vermittlung jüdischen Lebens erweitert die Stadt Frankfurt am Main das Projekt „Gemeinsam in Frankfurt am Main – Für Jüdisches Leben und gegen Antisemitismus in unserer Stadt“. Hierzu werden den Bildungseinrichtungen in Frankfurt am Main Vermittlungsangebote wie „Meet a Rabbi“, „Likrat – Jugend & Dialog“, „Rent a Jew“, „Schabbat, Sonntag, Ruhetag“ etc. nahegebracht. Gleichzeitig werden die

Beteiligungsunternehmen der Stadt gebeten, die dazugehörige Kampagne in geeigneter Form zu übernehmen und nach innen wie nach außen zu kommunizieren.

8. Im Zuge der anstehenden Erneuerung der 2010 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen der Landespolizei und der Stadtpolizei sollen in Bezug auf rechtsradikale Kriminalität verstärkt präventive Maßnahmen und eine Erhöhung der anlassbezogenen Präsenz als Ziele vereinbart werden.
9. Zur Verstärkung der Antiradikalisierungsarbeit auch unter Zugewanderten und Geflüchteten gemäß den Handlungsansätzen im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung § 4004 (E 201 v. 06.11.2013) soll die Abteilung 15.2 „Grundlagenarbeit und Antidiskriminierung“ im Amt für multikulturelle Angelegenheiten durch amtsinterne Umwidmung einer Stelle ausgebaut werden.
10. Zur Förderung des interreligiösen Verständnisses werden vorhandene Besuchsprogramme, Rundgänge und Tage des Miteinanders für Frankfurter Bürgerinnen und Bürger erweitert, um das Kennenlernen religiöser Orte wie Kirchen, Synagogen oder Moscheen in der Stadt zu verbessern. Dazu wird auch der Dialog zwischen der Stadt und dem Rat der Religionen noch einmal intensiviert.
11. Gemeinsam mit dem Stadtverband der Frankfurter Vereinsringe initiiert die Stadt Frankfurt am Main eine Kampagne, um das Engagement von Migrantinnen und Migranten im Vereinswesen der Stadt zu stärken.
12. Gemeinsam mit den Sportverbänden und –vereinen werden vorhandene Angebote im Bereich der Antidiskriminierungs- und Antirassismuserbeit überprüft und, soweit erforderlich, den aktuellen Gegebenheiten angepasst.
13. Die Stadt Frankfurt am Main unterstützt dauerhaft die Arbeit der „Initiative 9. November“ im Hochbunker an die Friedberger Anlage und setzt sich für den Ausbau des dortigen Bildungsangebots ein. Vorgesehen ist die Erweiterung der Nutzung um ein weiteres Stockwerk sowie die Präsentation zerstörter Synagogen in elektronischer/virtueller Form.
14. Die Stadt Frankfurt verstärkt ihre Mitarbeit in der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus – „European Coalition of Cities against Racism“ (ECCAR) und setzt den Aktionsplan der ECCAR zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene nach eigenen Prioritäten um.

Über die Umsetzung der genannten Maßnahmen ist der Stadtverordnetenversammlung jährlich zu berichten.

Dr. Nils Kößler
Fraktionsvorsitzender